



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

20.01.2022  
HHA

### Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge**

Einzelplan 17 **Allgemeine Finanzverwaltung**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 17 01 Allgemeine Finanzierungsvorgänge  
Buchungskreis: 2550

#### Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
916 02 neu	Zuweisungen an den Sonderausgleichsfonds Straßenausbaubeiträge	0	+55.000.000	55.000.000

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

#### Begründung des Änderungsantrags:

Das Land Hessen erstattet den Kommunen deren Ausfälle aus dem Verzicht auf die Erhebung von Straßenbeiträgen in vollem Umfang. Dabei wird nach einem vereinfachten Verfahren grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Bürger 50% der umrechnungsfähigen Beiträge zu zahlen hätten.

Vierorts sind derzeit rund 70 Bürgerinitiativen aktiv, die sich gegen die in ihren Kommunen bestehenden Straßenbeitragssatzungen zur Wehr setzen. Nachdem Anwohnerinnen und Anwohner über Erschließungsbeiträge zum Bau von innerörtlichen Straßen beigetragen haben, sollen sie nicht erneut für die Mitfinanzierung von Grundsanierungen herangezogen werden. Der Glaube, durch geringere wiederkehrende Beiträge eine größere Akzeptanz in der betroffenen Bevölkerung zu erhalten, erwies sich auch als Trugschluss.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion  
DIE LINKE  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Jan Schalauske**